

Ausverkauf - unter belgischer Führung!

Zuerst erzwingt die EU, nach der Bankenkrise in 2008, die Bankenrettung auf Kosten der Steuerzahler, mit als Folge eine weitere massive Verschuldung und Arbeitslosigkeit, dann wird den nationalen Parlamenten der "ESM" aufgezwungen, wodurch die Länder das souveräne Recht der Haushaltsplanung verlieren. Zuletzt hat die EU in den Nationalparlamenten den Fiskalpakt durchgedrückt: Dadurch werden so drastische Sparmaßnahmen auferlegt, dass inzwischen in allen Ländern, sogar in Deutschland, das notwendige Geld für die öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen zum Wohle der Bevölkerung fehlt.

Als nächster Schritt wird nun, mit dem Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, der totale Ausverkauf des verbliebenen, öffentlich-rechtlichen Vermögens eingeleitet. Der liberale Politiker Karel De Gucht (OpenVLD) führt die Verhandlungen, in seiner Funktion als EU-Handelskommissar, in großer Geheimniskrämerei und vollkommen an den Parlamenten vorbei. Die Bestimmungen dieses Abkommens dienen vor allem dem Profit der multinationalen Konzerne, in erster Linie denen aus den USA. Sollte dieser Vertrag in Kraft treten, dann würden in der EU die schlimmsten Befürchtungen im Umwelt- und Sozialbereich Wirklichkeit werden. Auf der Webseite www.jennar.fr, unter dem Stichwort "Grand marché transatlantique", kann der sehr informative Vortrag eingesehen werden, den Raoul Marc Jennar am 10. Dezember 2013 in Toulouse über dieses Abkommen gehalten hat. Das EU-Parlament, in dem sich Belgiens Ex-Premierminister Guy Verhofstadt (OpenVLD) als fleißigster Interessenvertreter der Konzerne hervortut, wird über die Annahme dieses Vertragstextes abstimmen, ebenso wie die föderalen Parlamente der Mitgliedsstaaten. Deshalb kann, meines Erachtens, für die Gemeinschafts-, Föderal- und Europawahl am 25. Mai 2014 in der DG nur Folgendes gelten: Sowohl Louis Siquet (SP) als auch Katrin Jadin (PFF) müssen sich im Verlauf des Wahlkampfes gegen diesen Vertrag aussprechen, und zwar ohne Wenn und Aber, damit ihre Parteien für uns Bürgerinnen und Bürger überhaupt wählbar sind. Das Gleiche gilt für mich auch für die Parteien der Kandidaten um das Mandat des Europa-Abgeordneten. Denn der geplante transatlantische Vertrag ist wirklich das Allerletzte!

Joseph Meyer, Klosterstrasse, St. Vith